

Lesetips

Konkrete Vorgaben

Es sind dramatische Zahlen, die das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban in der Sommerausgabe der Zeitschrift Gute Arbeit zum Thema psychische Erkrankungen nennt. Demnach haben diese binnen eines Jahres um 13,5 Prozent zugenommen. Mit 37 Prozent bilden sie die Hauptursache für Frühverrentungen, noch vor Muskel-Skelett-Erkrankungen. Ein Großteil der Verantwortung hierfür sieht Urban bei Arbeitsbedingungen wie hoher Arbeitsintensität, langen und unplanbaren Arbeitszeiten, mehr Schicht- und Nachtarbeit, Arbeitsplatzunsicherheit, mangelnder Anerkennung und permanenten Restrukturierungen.

Dagegen will die IG Metall vorgehen und fordert vom Gesetzgeber restriktivere Vorgaben für die Unternehmen. Denn die deutschen Manager geben in einer Studie zu 90 Prozent selbst an, daß sie vor allem dann handeln, wenn sie dazu gesetzlich verpflichtet sind. Daher bedürfe es offenbar konkreter Vorschriften, so Urban. Bislang überlasse der Gesetzgeber den Bereich der psychosozialen Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz nahezu unreguliert den betrieblichen Akteuren. Bei anderen gesundheitlichen Risiken ist das anders: So ist über Verordnungen beispielsweise detailliert vorgegeben, wie laut es sein darf und wie Beschäftigte vor Gefahrenstoffen zu schützen sind. Entsprechende Regelungen will die Gewerkschaft im Rahmen einer »Anti-Streß-Verordnung« auch für psychosoziale Gefährdungen durchsetzen. (jW)

Gute Arbeit. Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung, 7-8/2011, 48 Seiten.
www.gutearbeit-online.de

Erstaunliche Bilanz

Eine durchweg positive Bilanz von zehn Jahren ver.di hat deren Vorsitzender Frank Bsirske in einem Brief an die Gewerkschaftsangehörigen gezogen, der im aktuellen Express dokumentiert wird. Die vor zehn Jahren aus ÖTV, HBV, DPG, DAG und IG Medien hervorgegangene Dienstleistungsgewerkschaft habe »sich bewährt«, schreibt Bsirske in bezug auf Tarifauseinandersetzungen und den »Kampf gegen die Entsicherung der Arbeit«. Davon, daß es in der vergangenen Dekade von der Tarif- bis zur Sozialpolitik aus Gewerkschaftssicht drastische Verschlechterungen gegeben hat, schreibt Bsirske nichts. Kritisch fällt die Bilanz hingegen in einer im gleichen Blatt abgedruckten Stellungnahme des ver.di-Betriebsrats im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen aus. So seien allein in NRW rund 350 Stellen abgebaut worden - »und da hat kein Beschäftigter in seinem Zimmer gegessen und Bleistifte abgedreht«. (jW)

Express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 6/2011.
www.labournet.de/express

<https://www.jungewelt.de/artikel/167291.lesetips.html>